

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

340 (9.12.1921) Erstes und Zweites Blatt

# Karlsruher Tagblatt

Preis: 10 Pf. ...  
Einzelverkauf 40 Pf.

Abonnementspreise ...  
Jahresabonnement 120 Pf.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost  
Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltung Beilage“ / „Literaturbeilage“ / „Mozart und sein“ / „Die Scholle“

Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen badischen und lokalen Teil: Heinrich Wehrardt; für das Deutsche: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl Schöb  
Druck u. Verlag: C. W. Müller'sche Buchhandlung u. m. b. H. in Karlsruhe. Verleger: Dr. Hans Jäger, Berlin-Charlottenburg, Rosastr. 37. Telefon: Zentrum 428

118. Jahrg. Nr. 340. Freitag, den 9. Dezember 1921 Erstes Blatt.

## Washington.

Vom Vizepräsidenten Rat Dr. Th. Seib.  
Gegen den weitgehenden Vorschlag der Amerikaner für die Abrüstung zur See haben ernsthafte Einwände zunächst nur die Japaner erhoben. Nach dem amerikanischen Plan soll im nächsten Jahr die englische Schiffsflotte 600 000 Tonnen, die amerikanische 500 000 Tonnen, die japanische 300 000 Tonnen betragen. (6:5:3) In letzten Kreuzern und Torpedobooten sollen erhalten England und Amerika je 450 000 Tonnen, Japan 270 000 Tonnen (5:5:3) an U-Booten England und Amerika je 10 000 Tonnen, Japan 54 000 Tonnen (3:5:3). Den größten Verlust bei Durchführung dieses Programms würde zweifellos England erleiden, nicht nur durch die Verminderung seiner Schiffsflotte um über 400 000 Tonnen und die Stilllegung eines großen Teils seiner Werften, sondern vor allem durch die gänzliche Verschönerung des Startverhältnisses der britischen Seemacht gegenüber der amerikanischen. Man muß sich der Zeit vor dem Krieg erinnern, in der England sich an dem Dreimächtestandard festhielt, um die Größe des Meeres zu beherrschen, was England zu bringen bereit ist, nicht etwa, weil die Machtverhältnisse der Welt politisch und wirtschaftlich zugunsten Amerikas verschoben haben. Nur bezüglich der Unterseeboote macht England Gegenanträge. Hier an seiner verwundbarsten Stelle möchte es sich Garantien sichern, namentlich die Unterseeboote ganz abschaffen und hier läßt es, es klingt wie ein Schrei, auf den energigsten Widerstand Frankreichs, das auf diese, in den Händen der Deutschen so verdammte Waffe, für einen künftigen Krieg gegen seinen Nachbar und Freund nicht verzichten will. Der Widerstand der Japaner scheint sich im wesentlichen auf die Tonnenzahl der Japan ausgeübten Großkampfschiffe zu beziehen.

Nach weniger geklärt als die Abrüstungsfrage zur See ist die Regelung der politischen Beziehungen zu den fernem Osten. Sollte es richtig sein, daß Amerika die Aushebung des englisch-japanischen Bündnisses, die Abkündigung von Siam und Sibirien durch Japan, den Rücktritt der im Jahre 1917 den Japanern für China zugesandten Sonderrechte, die Aufhebung der fremden Einflüsse in China, die Stilllegung der japanischen Besatzungen im Südpazifik und die eigenen Besatzungen im Südpazifik, territoriale Integrität, Unabhängigkeit und Verwaltung und Prinzip der offenen Tür für China, so würde die Annahme dieser Vorschläge für Japan beinahe den politischen und wirtschaftlichen Bankrott bedeuten. Ob England und Frankreich diesem Programm zustimmen würden, ist allerdings zweifelhaft. Sicher scheint nur so viel, daß die Vertreter Chinas bei ihren Forderungen auf die weitestgehende Unterstützung seitens Amerikas rechnen können.

Endlich die Abrüstung zu Lande! Sie würde für Frankreich von Briand in einer Rede, die sich seiner berühmten Rede über die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund in Genf würdig an die Seite stellt, glatt abgelehnt, sofern nicht Amerika und England ihm unambiguelle Garantien gegen einen drohenden Angriff Deutschlands und Russlands bieten, d. h. ins Deutsche überlegt, wenn sie ihm nicht einen Freibrief zur belästigenden Ausbeutung und Zerkübelung Deutschlands geben. Wie sich die anderen Staaten zu diesem Verlangen Briands stellen, ist aus den Antworten auf seine Rede nicht zu ersehen. Im Ergebnis wird die Sache, wie bisher immer, auf einen Kaufhandel herauskommen, dessen Kosten Deutschland zu zahlen hat.

Praktisch man die vielen Zeitungsnachrichten, die täglich über die Konferenz in Washington in die Welt gehen, daransinn, was nun eigentlich bei diesen Verhandlungen zutage kam, so ergibt sich immer mit Gewißheit nur eines: die auffallend rasche Annäherung Englands an Amerika und die damit verbundene Isolierung Japans. Dabei ist der gebende Teil ausschließlich England, das bereit ist, die beiden stärksten Stützen seiner bisherigen Macht zu opfern: seine Vorherrschaft zur See und das japanisch-englische Bündnis. England ist bereit, die Welt Herrschaft mit Amerika zu teilen, zunächst als gleichberechtigter Weltbürger. Wie laue es diese Gleichberechtigung

wird halten können, hängt von der Entwicklung des britischen Reiches und der Machtverhältnisse in Europa ab. Denn neben Amerika hat sich England durch den Krieg noch einen Spezialkonkurrenten erzeugt, Frankreich. Dieser Konkurrent tritt unter der Maske der gestärkten Unjähigkeit, die er sich mit Englands Hilfe umgeben hat, heute schon recht lärmend und anspruchsvoll auf, zumal er weiß, daß er auf amerikanisches Wohlwollen in hohen Grade rechnen darf. Und so lange dieses Wohlwollen Amerikas dauert, so lange wird sich England

## Briand und die rheinischen Sonderbündler.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:  
Frankreich ist glücklich, einen neuen Grund zu einem Eingreifen in innerdeutsche Angelegenheiten zu haben, der der Pariser Regierung Gelegenheit gibt, ihre Macht dem rechtlosen Deutschland gegenüber wieder einmal zeigen zu können. Die Verhaftung des rheinischen Sonderbündlers Josef Smeets durch die Kölner Polizei hat den Anlaß gegeben. Briand hat die Interpellation des berühmten Annexionisten Barres mit der Annäherung an die Rheinlandkommission beantwortet, von der deutschen Behörde sofort Redenshaft über diese angebliche politische Verhaftung zu fordern. Selbstverständlich läuft die ganze Aktion auf die Befreiung und Restitutionsfrage des Smeets hinaus, dessen Unschuldigmachung seinen Pariser Auftraggebern sehr unangenehm ist. Der Arm der französischen Ingenieur „Gerechtigkeits“ arbeitet also wieder einmal schnell. Dem Ministerpräsidenten Frankreichs kann man es eigentlich nicht übel nehmen, daß er so einwandfrei Partei für den deutschen Bevollmächtigten genommen hat. Briand ist der Ansicht der öffentlichen Meinung seines Landes, und ein abschließender Bescheid an Barres hätte ihm böse Szenen in der Reichsnationalversammlung einbringen können. Er wird aber dem hartnäckigen Deutschen kein Land, noch weitere Konzessionen machen müssen, wenn der Rheinlandkommission deutscherseits entgegengehalten wird, daß die Verhaftung Smeets keineswegs aus politischen Gründen vorgenommen ist. Smeets sollte sich als verantwortlicher Reaktor der „Rheinischen Republik“ vor der Strafkammer wegen schwerer Verleumdung des Reichspräsidenten und anderer Staatsbeamten verantworten. Da er nicht erschienen war und auch keinerlei Entschuldigungen von ihm vorliegen, erließ die Staatsanwaltschaft den Haftbefehl. Es ist sicher, daß die französische Regierung und Herr Barres die Verhaftung trotzdem als eine politische Tat erklären und ihren Willen durchsetzen werden. Aber weder dem Schilling Frankreichs noch seinen Gönnern wird die Affäre die erhofften Vorteile einbringen. Denn sogar den wenigen Rheinländern, die bisher noch der Meinung waren, Herr Smeets agitiere aus irgend einer innerpolitischen Überzeugung für die Fortrennung des Rheinlandes, wird es nun klar werden, daß der Postrevisor nichts als der Agent Frankreichs ist, das dessen Verhaftung als eine Verleumdung der eternen Politik empfindet. Die Solidarität zwischen den Sonderbündlern und Frankreich konnte durch nichts unanfechtbarer dargetan werden. Das Säuflein um Smeets wird nun noch mehr zusammenkommen. Das ist der Nutzen dieser Episode, der noch größer für das Deutsche wird, wenn der französische Oberkommissar selbst Herr Smeets die Gefängnistore wieder öffnet.

## Immer noch keine Entscheidung in London.

London, 8. Dez. Das neuterische Bureau erfährt von amtlicher Seite, daß bisher keine Entscheidung des Finanzministeriums in der Frage über die deutschen Reparationen erreicht worden ist. Eine weitere Zusammenkunft, deren Zeitpunkt noch nicht festgelegt ist, wird stattfinden.

## Der französische Wiederaufbauminister in London.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Berlin, 8. Dez. Ueber die politische Hochbegeisterung des französischen Ministers Loucheur nach London liegen hier noch folgende Nachrichten vor: Loucheurs Reise erfolgte auf Einladung der englischen Regierung; dies entspricht der Versicherung, die der englische Finanzminister vorgestern abgegeben hatte, nämlich, daß die englische Regierung nichts unternehmen werde, ohne sich vorher mit Paris ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Es wird aber auch Loucheurs Aufgabe sein, im Auftrage Briands den französischen Standpunkt in der Moratoriumsfrage in London zu vertreten und das Terrain für die bevorstehende Entente-Konferenz in französischer Sprache vorzubereiten. Diese große Reparationskonferenz wird aber vorher noch ein kleines englisch-französisches Vorbispiel haben. Die Franzosen möchten nämlich gerne, daß die Engländer endlich das Wiesbadener Abkommen gut heißen, und die Engländer ihrerseits möchten, daß die Franzosen endlich das Pariser Abkommen vom 13. August ratifizieren. Ob die Reparationskonferenz in London oder Paris stattfinden wird, ist noch unklar. Der Umstand, daß Briand heute mit den englischen, italienischen und japanischen Botschaftern Unterredungen hatte, legt die Vermutung nahe, daß Paris als Konferenzort nicht in Betracht kommt.

## Die Hyänen.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Köln, 8. Dez. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Gleiwitz berichtet, tritt bereits jetzt eine planmäßige Ueberfremdung der Industrie in dem polnisch werdenden Oberschlesien ein. Die Franzosen haben den Polen die haaltlichen Eruben bereits abgekauft, während die Engländer sich in dem wertvollen, noch wenig erschlossenen Bezirk von Rybnik festsetzen. Nachdem führende deutsche Finanzgruppen es abgelehnt haben, ihren Einfluß an das Ausland zu verkaufen, werden von Engländern und Franzosen planmäßig die Aktien der in Frage kommenden Banken aufgekauft.

## Stundung und Kredit.

Beiprehungen in Berlin.  
Berlin, 8. Dez. Wie der „Volk-Anzeiger“ mitteilt, fand heute vormittag zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning, dem Reichsfinanzminister Dr. Herms, dem Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, dem Reichsbankpräsidenten Havenstein und dem deutschen Vizepräsidenten in Paris, Dr. Maer, eine Besprechung über die Reparationsfrage statt.  
Die Sicherheiten für eine Anleihe.  
t. Paris, 8. Dez. Der „Matin“ teilt aufgrund von Erkundigungen seiner Berichtskatter in Brüssel, Berlin und Paris einen angeblichen Plan mit, der Deutschland die nötigen Mittel sichern soll. Die Unterlagen würden besesehen aus:

mit Frankreich zu verständigen suchen und es wird diese Verständigung auch finden, so lange Deutschland noch im Stande und bereit ist, den Preis dafür im Interesse der berühmten Entspannung zu zahlen. Lange ist das nicht mehr möglich und dann, wenn Deutschland nicht zugrunde gerichtet ist, wird England entweder auf seine bisherige Stellung in Europa verzichten oder den Kampf mit den imperialistischen Präzessionen Frankreichs aufnehmen müssen — soweit ihm Amerika einen solchen Kampf gestattet.

1. Dem Wert der Frachten, der in fünf Jahren, wenn die deutsche Handelsflotte wieder aufgebaut sei, dem Reich dieselbe Einnahme verschaffen könne wie vor dem Krieg, vervielfältigt um das 1 1/2 fache, d. h. um die allgemeine Quote der Höhe der Frachtlage.
2. aus den deutschen Ersparnissen im Ausland, die aus der Wiederbelebung des deutschen Handels erwachsen.
3. aus den durch Reisende nach Deutschland gebrachten Geldern.
4. aus den Unternehmungen, Immobilien usw., die von Deutschland im Ausland erworben werden und
5. aus einer Bankkommission zu Operationen in ausländischen Geldwerten.

## Immer noch keine Entscheidung in London.

London, 8. Dez. Das neuterische Bureau erfährt von amtlicher Seite, daß bisher keine Entscheidung des Finanzministeriums in der Frage über die deutschen Reparationen erreicht worden ist. Eine weitere Zusammenkunft, deren Zeitpunkt noch nicht festgelegt ist, wird stattfinden.

## Der französische Wiederaufbauminister in London.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Berlin, 8. Dez. Ueber die politische Hochbegeisterung des französischen Ministers Loucheur nach London liegen hier noch folgende Nachrichten vor: Loucheurs Reise erfolgte auf Einladung der englischen Regierung; dies entspricht der Versicherung, die der englische Finanzminister vorgestern abgegeben hatte, nämlich, daß die englische Regierung nichts unternehmen werde, ohne sich vorher mit Paris ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Es wird aber auch Loucheurs Aufgabe sein, im Auftrage Briands den französischen Standpunkt in der Moratoriumsfrage in London zu vertreten und das Terrain für die bevorstehende Entente-Konferenz in französischer Sprache vorzubereiten. Diese große Reparationskonferenz wird aber vorher noch ein kleines englisch-französisches Vorbispiel haben. Die Franzosen möchten nämlich gerne, daß die Engländer endlich das Wiesbadener Abkommen gut heißen, und die Engländer ihrerseits möchten, daß die Franzosen endlich das Pariser Abkommen vom 13. August ratifizieren. Ob die Reparationskonferenz in London oder Paris stattfinden wird, ist noch unklar. Der Umstand, daß Briand heute mit den englischen, italienischen und japanischen Botschaftern Unterredungen hatte, legt die Vermutung nahe, daß Paris als Konferenzort nicht in Betracht kommt.

## Die Hyänen.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Köln, 8. Dez. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Gleiwitz berichtet, tritt bereits jetzt eine planmäßige Ueberfremdung der Industrie in dem polnisch werdenden Oberschlesien ein. Die Franzosen haben den Polen die haaltlichen Eruben bereits abgekauft, während die Engländer sich in dem wertvollen, noch wenig erschlossenen Bezirk von Rybnik festsetzen. Nachdem führende deutsche Finanzgruppen es abgelehnt haben, ihren Einfluß an das Ausland zu verkaufen, werden von Engländern und Franzosen planmäßig die Aktien der in Frage kommenden Banken aufgekauft.

## Stundung und Kredit.

Beiprehungen in Berlin.  
Berlin, 8. Dez. Wie der „Volk-Anzeiger“ mitteilt, fand heute vormittag zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning, dem Reichsfinanzminister Dr. Herms, dem Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, dem Reichsbankpräsidenten Havenstein und dem deutschen Vizepräsidenten in Paris, Dr. Maer, eine Besprechung über die Reparationsfrage statt.  
Die Sicherheiten für eine Anleihe.  
t. Paris, 8. Dez. Der „Matin“ teilt aufgrund von Erkundigungen seiner Berichtskatter in Brüssel, Berlin und Paris einen angeblichen Plan mit, der Deutschland die nötigen Mittel sichern soll. Die Unterlagen würden besesehen aus:

Aber auch in Ostasien steht England vor einer ganz neuen Situation. Seine Stellung war bisher wesentlich auf das englisch-japanische Bündnis gegründet. Dpfer England dieses Bündnis der amerikanischen Freundschaft, so hat es in Zukunft nicht nur mit der Gleichgültigkeit sondern mit der Feindschaft Japans zu rechnen. Schon hat einer der Vertreter Japans erklärt, Japan werde dem angelegentlichsten Bloed einen anderen Bloed, den der gelben Völker, gegenüberstellen — und Japan rechnet in diesem Sinne unter die gelben Völker zweifellos auch die Jnder!

Leichten Herzens wird England also das japanische Bündnis sberlich nicht aufgeben. Aber anscheinend ist der Einfluß der Dominions für die auswärtige Politik des britischen Reiches heute schon entscheidend. Auf der Reichskonferenz der britischen Kolonialminister im Juli d. J. haben die sämtlichen Dominions mehr oder minder deutlich ihre Abneigung gegen das englisch-japanische Bündnis zum Ausdruck gebracht. Die Vertreter von Kanada, Australien und Südafrika haben übereinstimmend erklärt, daß die Freundschaft Amerikas allen anderen Rücksichten vorgehe. Die Durchführung dieser Politik muß zur Entfremdung zwischen England und Japan führen, selbst wenn vorläufig noch einmal ein Kompromiß gefunden werden sollte. Die klare Folge dieser durch die Dominions bestimmten britischen Reichspolitik zeigte sich auf der Konferenz in Washington in der Isolierung Japans und die japanischen Staatsmänner werden sich heute vielleicht mit Sorge fragen, ob der Eintritt Japans in den Krieg gegen Deutschland nicht doch ein idamerer Fehler war. In der Presse wird hier und da von einem neuen japanisch-russisch-deutschen Einvernehmen geredet. Aber abgesehen davon, daß Deutschland heute zu jeder außenpolitischen Aktion unfähig ist und der Volschmerz seiner Natur nach kein willkommener Bundesgenosse sein kann, werden sich die Japaner unter den jetzigen Verhältnissen durchaus hüten, ihre auswärtige Politik, an zwei wirtschaftlich und politisch bankrotte Staatswesen zu fetten. Sie werden vielleicht versuchen, unter großen Opfern an China sich durch Zusammenfassung der Völker gelber Rasse zu stärken. Ob ihnen das in der nächsten Zeit schon gelingen wird, ist eine Frage, die heute um so weniger beantwortet werden kann, als das Endergebnis der Verhandlungen in Washington noch nicht abzusehen ist. Vorläufig sind ja die verschiedenen Fragen an Kommissionen überwiesen worden und nun erst werden, nachdem das Schauspiel, das nach moderner Auffassung dem sogenannten Weltgewissen einmal gegeben werden muß, beendet ist, die eigentlichen Verhandlungen hinter den Kulissen beginnen.

Ob aus der bisher sichtbar gewordenen Verschlebung der Machtverhältnisse für Deutschland heute schon ein Vorteil erwachsen kann, scheint mir mindestens so lange zweifelhaft, als das vor und während des Krieges den Völkern eingepflanzte Gift des Hasses weiter wirkt und Deutschland selbst aus ganz verfehlter Rücksicht auf die deutschen feindlichen Stimmungen nichts tut, um die Legende von seiner Schuld am Weltkriege zu zerstören!

## Gegen französische Irrtümer.

Die Frage, ob Deutschland zahlungsfähig ist oder nicht, wird besonders von der französischen Presse eingehend besprochen, natürlich mit dem Ergebnis, daß Deutschland zahlen könne, wenn es wolle, oder, daß es das Nötigste versäumt habe, um seine Zahlungsfähigkeit zu sichern. Von deutscher Seite muß dieses Irrtümern entgegengetreten werden. Die Berliner „Germania“, das dem Reichskanzler nahe stehende Zentrumblatt, wandte sich gestern gegen die Veröffentlichungen des französischen Abgeordneten Seydoux. Die „Germania“ schreibt u. a.:

Seydoux meint, Deutschland habe die äußere Kaufkraft seiner Mark künstlich geleht. Er schließt Ursachen und Folgen zu verwechseln. Daß die innere Kaufkraft der Mark der Senkung der äußeren nur langsam folgt, liegt in der Natur der Dinge. Die Behauptung, die Löhne, Frachten, Mieten und alle sonstigen Lebensbedürfnisse seien in Deutschland billiger als anderwärts, und die deutsche Industrie arbeite infolge dessen billiger als Amerika und England, betrifft eine vorübergehende und für die deutsche Wirtschaft höchst beunruhigende Erscheinung. Ein schlagernder Beweis dafür ist, daß der Wert der deutschen Ausfuhr im Oktober um ein Viertel geringer sein dürfte als im Juli. Privatwirtschaftlich wie volkswirtschaftlich ist es ausgeschlossen, daß bei der sinkenden Valuta die Anstahrprieie den steigenden Einkaufspreisen so rasch folgen können, wie es zur Vermeidung starker Verluste der Volkswirtschaft notwendig wäre. Eine Abwanderung deutschen Kapitals ins Ausland hat leider in großem Maße stattgefunden. Was dagegen gesetzlich geschehen konnte, ist geschehen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Erzbourg meint, die deutsche direkte Besteuerung sei zu schwer, die indirekte habe die deutsche Regierung aus Populärhaftigkeit vernachlässigt. Die 25 dem Reichstage vorliegenden Steuerentwürfe, die sich auf direkte und indirekte Steuern verteilen, beweisen, daß auch weiter deutscherseits versucht wird, das Menschenmögliche zu tun. Man denke nur an die beabsichtigte Erhöhung der Kohlensteuer um 40 Proz. Und das geschieht in dem Augenblick, in dem die französische Kammer sich dafür ausspricht, von neuer Steuern überhaupt abzusehen. Es ist schwer verständlich, wenn Erzbourg behauptet, das Reich habe sich niemals bemüht, den Devisenverkauf zu bewachen und die deutschen Exporteure zur Devisenablieferung zu veranlassen.

In den letzten Wochen und Monaten erscheinen im Handelsteil aller deutschen Zeitungen immer wieder Zusammenstellungen über die von der deutschen Exportindustrie im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium getroffenen Maßnahmen, die tatsächlich ermöglichen, daß etwa 25 Proz. aus dem Export stammender Devisen an die Reichsbank abgeliefert werden. Nun wird damit leider die Aufgabe, mit einem Export von etwa 4 Milliarden und einem Importbedarf von erheblich mehr als fünf Milliarden Reparationen in Höhe von 3 Milliarden zu leisten, nicht lösbar sein. Erzbourg beschwert sich schließlich über die Schwäche der deutschen Regierung, ohne irgendeine zu erwähnen, daß doch diese Regierung seitens der französischen Politik nicht die geringste Unterstützung erhielt. Wie wäre es etwa, mit dem im „Temps“ am 6. Dezember zur Erörterung gestellten Gedanken weiterer Beschränkung der Darlehenleistungen unter weitgehendem Ertrag durch Sachleistungen?

**Die Schützlinge Frankreichs.**

Zu den gestern gemeldeten Verhaftungen des rheinischen Sonderhändlers Smeets aus Köln und über das Dazwischentreten der Franzosen wird weiter folgendes berichtet:

Paris, 8. Dez. Minister Briand hat an Maurice Barres als Antwort auf dessen Schreiben einen Brief gerichtet, in dem er sagt, daß er eine Entschädigung der Rheinlandkommission veranlaßt habe, um zu verhindern, daß Smeets durch die deutschen Behörden in das nichtbesetzte Gebiet gebracht werde. Er habe Erard beauftragt, die Rheinlandkommission auf den vollständigsten Charakter dieser Verhaftung hinzuwirken und die Freilassung Smeets zu veranlassen. Im Falle der französischen Standpunkt Schwierigkeiten bezaugen würde, wäre die Frage vor die interalliierten Regierungen zu bringen.

Die Agence Havas meldet aus Koblentz: Die Rheinlandkommission hat unverzüglich beschlossen, die Abführung des Beschuldigten aus dem Rheinland zu unterlassen. Sie hat außerdem die zuständigen deutschen Behörden aufgefordert, ihr in kürzester Frist genaue Nachrichten über die Gründe und die näheren Umstände der Verhaftung zugeben zu lassen.

Die farbigen Truppen der französischen Armee. Paris, 8. Dez. Nach einer Mitteilung des Blattes „Journal“ waren unter den 818.000 Soldaten, über die Frankreich am 1. Oktober verfügte, 170.000 Eingeborene aus Nordafrika und 110.000 aus anderen Kolonien.

**Die Schülerausweisungen aus der Pfalz.**

Koblentz, 7. Dez. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Ausweisung des Schülers Hoffmann aus Speyer (Pfalz) wegen Identitätszweifel aufgehoben, die sie am 17. Juli d. J. gegen ihn und andere junge Leute aus der Pfalz ausgesprochen hatte, weil sie an militärischen Übungen im besetzten Gebiet, die der Deutschen nationalen Jugendbund veranstaltet hatte, teilgenommen hätten.

**Theater und Musik.**

Mitteilung des Landestheaters. Auch das Schauspiel „Rausch“ von August Strindberg, das am Samstag, den 10. Dezember, als zweite Vorstellung des „Kammerpiel-Inklus“ zum erstenmal hier in Szene geht, ist eine Erlebnis-, eine Erkenntnisbildung. Ein realer Vorgang ähnlicher Art, wie der im Stück dargestellte, hat dem Dichter den äußeren Anlaß, auszuspochen, was an inneren Erfahrungen, Einsichten und Aufstellungen in ihm zur Gestalt drängte. Der extreme Subjektivismus dieses in fliegender Unrast gärenden Geistes, der in sich die ganze Problematik des modernen Lebens zu verkörpern scheint, konnte sich dichtend kaum jemals anders äußern, als in glühenden Eruptionen, in denen seine zwischen Liebe und Haß, Mitleid und Menschenverachtung, Zweifelsqual und Glaubenssehnsucht hin- und hergerissene Seele ihren ganzen Reichtum verströmte. So war sein Leben wie ein einziger verzehrender Zustand des Rausches, dem nur wenige Momente eines gesättigteren, leidenschaftsloseren Anschauens, ein Anrühren in milderen Stimmungen, beschließen waren. Sie wirken im Gesamtbild seines Schaffens fast mehr als Augenblicke wehwehler Ermüdens denn als solche innerer Lösung und Entspannung. — Es ist kaum möglich, das Drama „Rausch“, wie es Strindberg aufsteigend wollte, eine Komödie zu nennen. Selbst für eine Tragiködie überwiegt der tragische Ernst darin viel zu stark, ist das wohl merkwürdige Rätseln des Dichters über menschliche, allmenschliche Verstrickung in Irrtum, Torheit und Schuld viel zu stark und bitter. Darum erscheint die Bezeichnung „Schauspiel“, wie sie an deutschen Bühnen üblich wurde, dem Charakter des Werkes wohl entsprechender.

Nicht ohne Bedeutung dürfte auch der Hinweis sein, daß der Titel des Stückes in wörtlicher Uebersetzung eigentlich „Sünde“ lautet. Um Sünde, Buße, Reue — und um schließlich Hinwendung zur Borkellungswelt des Religiösen handelt es sich, und das „O crux, ave spes unica“ klingt wie ein Wehgeschrei des Dichters selbst, der ja wirklich sein „Damasus“ suchte und fand.

Sinfoniekonzert. Vom Badischen Landes-theater wird und geschieht: Aus technischen Gründen behält das Programm nicht die für

**Deutschenderfolgung im Elsaß.**

e. Paris, 8. Dez. Der „Matin“ erfährt aus Straßburg, daß eine in Kolmar erscheinende Zeitung vor einigen Tagen feststellte, daß der Oberredakteur dieser Zeitung, der das Blatt schon seit dem Waffenstillstand leitet, ein Deutscher ist. Er wurde sofort entlassen.

**Der Jagow-Prozeß.**

i. Leipzig, 8. Dez. Der erste Verhandlungstag endete mit der Vernehmung der Angeklagten. Als Ergänzung des gestrigen Berichts ist noch über die Vernehmung des Angeklagten Dr. Schiele zu berichten. Der Angeklagte Schiele bestritt die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen und führt aus, daß die damaligen Zustände nicht verfassungsmäßig, sondern verfassungswidrig gewesen seien. Zu den Führern des Unternehmens Kapp-Lüttich habe er nicht gehört. Er und Kapp seien der Auffassung gewesen, daß nur durch ein großzügiges, auf freierwilliger Grundlage beruhendes Siedlungsweises Wandel geschaffen werden könne. Die Beteiligung am Kappunternehmen beginne bei ihm am 12. März. Dr. Schiele glaubt, daß es in der Absicht des Unternehmens gelegen sei, eine Neubildung der Regierung durch den Reichspräsidenten Ebert vornehmen zu lassen.

Am Donnerstag, vormittags 9 1/2 Uhr, wurde die Verhandlung fortgesetzt. Der Angeklagte v. Jagow verwarf sich gegen Mißverständnisse, die bezüglich seiner Darlegungen in der Presse sich ergeben haben. Er bitte, ihm und den Mitangeklagten einen Tisch zur Verfügung zu stellen, damit sie sich Notizen machen können. Der Präsident trifft entsprechende Anordnungen.

Daraufhin wird in die Zeugenvernehmung eingetreten. Der Zeuge Kaufmann Fris Grabowski aus Berlin wird zunächst nicht verurteilt, da er verdächtig ist, am Kapp-Putsch beteiligt gewesen zu sein. Lüttich habe er in der Reichsanstalt kennen gelernt. Von den Vorbereitungen zum Putsch habe er nichts erfahren. Er glaube, daß solche überhaupt nicht stattgefunden haben. Die Sitzungen der nationalen Vereinigung seien in zwei Zeitschriften veröffentlicht worden, da man seinen Grund hatte, ihre Ziele zu verheimlichen. Ihr Programm sollte unterzeichnet werden von den führenden Mitgliedern, nämlich Wirtschaftspolitiker usw. Dazu kam es aber nicht. Der Zeuge erklärt weiter: Am 10. oder 11. März sollte ich verhaftet werden. Da ich aber krank war, ließ man mich in meiner Wohnung. Da ich zu Berlin lag, war ich von den Vorgängen in Berlin nicht unterrichtet. Am Dienstag ließ mich Herr Bauer holen, anschließend, um ihn beistehend zu sein. Als ich in der Reichsanstalt nur Dr. Schiele, mit dem ich indessen nicht gesprochen habe, sah, gewann ich den Eindruck, daß Dr. Schiele der Vertrauensmann von Kapp sei. Das mußte ich auch aus dem persönlichen Verkehr der beiden Herren schließen. In der nationalen Vereinigung, der meiner Ansicht nach Dr. Schiele nicht als Mitglied angehört, sollte ich stellvertretender Geschäftsführer werden. Die zu Hofe entlassenen Offiziere wurden von ihm mit einem Revolver bedroht. Sie einigten sich schließlich aber doch und Koste erklärte der Abordnung, nichts zu machen, die Entschädigung liege bei Lüttich. Dieser hat die Forderung Erhards, die Auflösung der Marinebrigade für einen großen Fehler hielt, bei der Reichsregierung vertreten. Daraufhin wurde Lüttich entlassen. In der Nacht zum 13. März wandte sich Erhard an Kapp und marschierte mit seinen Truppen vom Brandenburger Tor aus erst weiter, als er hörte, daß die Regierung nicht mehr in Berlin sei. Ich glaube, daß Kapp nach Hause gegangen wäre, wenn die Regierung eine Vertretungsgewalt gehabt hätte. Meines Erachtens ist die Regierung morgens um 4 Uhr geflohen, während Erhard gegen 6 Uhr in die Stadt kam.

dieses IV. Konzert ursprünglich vorgesehene Vortragsfolge bei, sondern bringt schon die beiden Erstaufführungen des folgenden Abends. Es sind Werke von Komponisten der im Gegenwartsleben der Musik noch immer bedeutenden und fast hervorragenden Münchener Schule und Richtung. Walter Braunfels ist vor allem durch seine Opernwerke in Deutschland bekannt geworden. Sein größter Erfolg waren bisher „Die Vögel“, eine musikalische Umgestaltung der altgriechischen Zeitlärm des Aristophanes, die vor etwa einem Jahre am Münchener Nationaltheater ihre begeisterte Uraufführung erlebte. Aus dem im Geiste Hans Pfitzners angelegten neuromantischen Werk gelangt das Vorspiel und der Prolog zur Aufführung, eine äußerst düstere und prägnante Einleitungsszene von unsehbarer Wirkung, die wenigstens im Umriß einen Einblick in das hochpoetische Gesamtwerk gewährt, das zu den besten Schöpfungen der heutigen Opernliteratur überhaupt zählt. Die Stimme der Nachtigall wird Marie von Ernst singen. Ein mehr dem Regerschen Einfluß verpflichtetes Orchesterwerk macht mit dem Schaffen von Josef Haas bekannt, von dem man hier schon gelegentlich kleinere Stücke für Klavier und Violine und Vieder gehört hat. Er wirkte lange Jahre als Kompositionslehrer am Kgl. Konservatorium in Stuttgart und ist jetzt wieder in München tätig, von wo er auch musikalisch seinen Weg begann. Das bisherige Schaffen von Josef Haas berechtigt für die besondere musikalische Sendung Süddeutschlands zu den größten Hoffnungen, daß seiner gefunden Lebenskraft und innigen Gemütsart. Seine Variationen und Nonno über ein altdänisches Volkslied (op. 45) sind in ihrer sprudelnden rhythmischen Bewegtheit und in ihrer dem präzisionslosen Welt-schmerz des Expressionismus ganz fremden Schlichtheit echtes Zeugnis eines humorvollen deutschen Musikanten. Beide Werke wird in dem wiederum durch solche Erstaufführungen interessanten Konzert, das Montag, den 12. Dezember stattfindet, Operndirektor Fritz Corio-lez dirigieren. Ein dritter aus dem Münchener Kreis hervorgegangener Komponist, Professor Heinrich Rapp Schmid, der neue Direktor unseres Kgl. Konservatoriums, wird mit 5 Tongebieten für Solobläser und Klavier vertreten sein.

Darauf wird ein von Schnitzler verfaßtes Schriftstück verlesen, das sich auf die Auflösung der Gardebataillon- u. Kavallerieschützen, bezieht und der Entente versichert, daß keine Wiederanfertigung des Militarismus geplant sei. Hierzu erklärte der Zeuge, dieses Schriftstück könne offenbar nur als eine Antwort betrachtet werden. Schnitzler habe ihn niemals beauftragt, eine solche Antwort auszuarbeiten. Darauf wird der Zeuge Grabowski verurteilt, da ein Verdacht der Mithäterchaft nicht mehr in Frage kommt.

Der nächste Zeuge, Dr. med. Frohne, erklärt eine Unterredung zwischen ihm, Schnitzler und Bauer, in deren Verlauf von Neuwahlen und von der Auslieferung der sog. Kriegsverbrecher gesprochen worden sei. Diese Unterredung zeige, daß an die beabsichtigte Demonstration gar nicht zu denken war. Dr. med. Frohne wird verurteilt.

Die Verhandlungen gehen weiter. Grabowski läßt über seine Beziehungen zu den Angeklagten aus, man habe keine Hilfe angeboten, um Ordnung zu schaffen, ohne daß er ein Amt gehabt hätte. Der Zeuge wurde verurteilt. Weitere Zeugenvernehmungen, Verlesung von Schriftstücken, Verlesung und Erläuterung des Kappplans folgen, ebenso werden Briefe Kapps aus dem Ausland verlesen.

**Deutsches Reich.**

**Das neue Lohnpändungs-gesetz.**

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, das die Pändung von Gehaltsansprüchen von 2000 auf 8000 Mark erhöht. Das Gesetz soll rückwirkende Kraft für alle seit dem 1. Oktober 1921 fällig gewordenen Bezüge ergatten.

**Die nächste Reichstags-sitzung.**

Berlin, 8. Dez. Die nächste Sitzung des Reichstages findet am Dienstag, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen außer mehr als 30 kleinen Anträgen die erste und zweite Beratung einer Anzahl Gesetzesentwürfe, wie Forderung der Verordnungen über Lohnpändung, Abänderung des Verneinungs- und anderer, ferner der mündliche Bericht des Rechtsausschusses über drei Urträge, die die sofortige Außerkräftigung der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 28. September betreffen.

**Eine große Kundgebung der Landwirtschaft.**

Berlin, 8. Dez. Wie die „Tägliche Rundschau“ von unterrichteter Seite hört, wird am 15. Dezember zu Berlin im großen Saale des Herrenhauses eine politische Kundgebung der gesamten deutschen Landwirtschaft stattfinden. Der Reichsausschuh der deutschen Landwirtschaft habe, einer Anregung des Reichslandbundes und der Vereinigung der deutschen Bauernvereine folgend, beschlossen, die deutsche Landwirtschaft zu dieser Kundgebung aufzurufen. Gegenstand der Tagesordnung seien die Kriegsschadensabgeltungen und die damit zusammenhängenden Steuerfragen. Ferner solle zur Frage der Lebensmittelerzeugung des Volkes Stellung genommen werden, wobei an eine mögliche direkte Verjüngung der großen Städte und der Konsumentenorganisationen gedacht werde.

**Die Berliner Mietssteigerungen.**

Berlin, 8. Dez. Der Magistrat hat beschlossen, als Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen einen Zuschlag von 70 Prozent der Mieten vom 1. Juli 1914 festzusetzen mit der Ausnahme, daß für Räume, die zu gewerblichen, geschäftlichen, Bureau- oder ähnlichen Zwecken benutzt werden, der Höchstzuschlag unter gewissen Voraussetzungen 120 Prozent bzw. 170 Prozent betrage. Diese Gesetze treten am 1. Januar 1922 in Kraft. Unberührt bleiben die laufenden Verträge.

**Staatsbahn oder Privatbahn.**

**II.**

Wir müssen jetzt allerorts damit rechnen, daß Krieg und Revolution eine grundlegende Änderung in unserem Staatsleben gebracht hat, daß wir jetzt eine Demokratie sind und voraussetzlich bleiben werden. In das richtige, so müssen wir uns aber auch auf die inneren Bedürfnisse und Eigenarten einer Demokratie einrichten. Wir müssen es als einen inneren Widerspruch mit dem Geiste des Staates ansehen, wenn wir ihn noch weiter ungeheure Betriebsverwaltungen an sich fetten und in der Form des Obristenstaates betreiben und verwalten lassen. Je früher wir zu dieser Erkenntnis kommen, desto besser ist es. Bedenke genau haben wir beachtet. Die zwei Jahre Reichsbahn kosten uns ungefähr das gesamte Kapital, das das Reich für den Erwerb der früheren Staatsbahnen angelegt hat. Weitere schmerzliche Erfahrungen auf diesem Gebiete können wir uns ersparen wenn wir aus dem, was die andere großen Demokratien getan haben und tun, einmal wirklich praktische Anwendungen ziehen.

Erst als wir wirtschaftlich Staatswirtschaft in diese Worte habe ich das mit vor-schwebende Ziel bereits früher schon zusammenzufassen versucht. Worin beruhen denn die großen Erfolge der deutschen Wirtschaftler, der deutschen Arbeit überhaupt? Sie haben ihren Grund in der rücksichtslosen Anspannung aller Kräfte, allen Willens auf bestimmte Erfolge. Der erste Schritt ist die innere Mitte, in dem großen deutschen Unternehmertum sei die hier nach Geld der treibende Faktor. Wie wäre denn das Leben verträglich, das gerade die besten, das sonar die Mehrzahl dieser Leute führt. Da und Stunde leben sich hier aus unangelegter Arbeit zusammen. Lebensgenüsse aber es für diese Männer kaum, wenn man ausreichendes Essen, oft durch den Drang der Geschäfte und körperliche Anspannung beeinträchtigt, und modifizierten Schlaf nicht etwa zu solchen Lebensgenüssen rechnen will. Was diesen Menschen als Lebensziel vorsteht, das ist der sachliche Erfolg, die Arbeit für das Unternehmen, dem sie dienen, mit dem sie verwaschen und in dessen machtvoller Ausgestaltung sie ihr richtiges Ziel erblicken. Die Arbeit des deutschen Unternehmers ist Dienst in seinem Unternehmen. Dieser Gedanke ist es, der deutschen Arbeit und deutschen Unternehmertum alle anderen Völkern überlegen macht. Von hier aus erklären sich alle Erfolge der deutschen Wirtschaft und nur von hier aus. Das geht tief bis in die kleinsten Kreise der deutschen Wirtschaft hinein und umfaßt nicht nur die leitenden Unternehmer, sondern auch den besten Teil des Personals. Es gibt hierfür einen besonders kausalen Ausdruck: „Das Geschäft ist in der Seele“. Nach dem Maße dieses Geschäftsinteresses wird in auf geleiteten Unternehmen der Wert der einzelnen Personlichkeiten gewertet.

Es ist richtig, wenn der Reichsverkehrsminister in seiner Verteidigung, in der Denkschrift an das Kabinett sagt, daß es auch der Privatwirtschaft von heute auf morgen nicht gelingen kann und gelingen wird, aus einer hoffnungslosen Defizitwirtschaft ein rentables Unternehmen zu machen. Aber darin wird sich der Reichsverkehrsminister irren, wenn er glaubt, durch Uebertragung äußerer privatrechtlicher Formen wie kaufmännischer Buchführung oder kaufmännischer Beziehungen, ließe sich das innere Wesen einer Verwaltung ändern. Um die Reichsbahn zu einem modernen Wirtschaftsunternehmen zu machen, genügt es nicht, die Anzahl von Beamten, in denen Zeit und Kraft vertan werden, um einen weiteren zu vermehren. Unter Vord ist zu schaffen, um nicht hinter dem Klitter dieser Deforationen die Mangelhaftigkeit des Spiels zu erkennen. Diese bürokratischen Blendwerke sollte

Der erste Teil des Artikels befindet sich in der Nummer vom 8. Dezember.

den darf. Es muß zur höchsten Ehre des Deman-Trios anerkannt werden, daß es gerade nach dieser Richtung hin dem Volk voll und ganz gerecht wurde. Der große Beifall, den der bewundernswerte nur schwach beleuchtete Saal den drei Künstlern spendete, zeugt das beste Verständnis für die künstlerische Bedeutung des in den drei Werken Geleisteten.

Die Oper „Ruth“ von Max Krob. Text-dichtung von Hans Lange. Dem Mittelteil des Badischen Landestheaters, hatte bei ihrer Uraufführung am Landestheater in Göttingen einen starken Erfolg.

**Kunst und Wissenschaft.**

An der Technischen Hochschule Karlsruhe sind im laufenden Wintersemester 1728 Studierende und 175 Gehörlose eingeschrieben; die Besuchs-ziffer beläuft sich somit im ganzen auf 1903. Die Studierenden verteilen sich auf die einzelnen Fachabteilungen wie folgt: Mathematik 131, allgemein bildende Fächer 62, Architektur 131, Bauingenieurwesen 279, Maschinenwesen 536, Elektrotechnik 442, Chemie 278. Von den abgeordneten immatrikulierten 19 Damen bildende an der Abteilung für allgemein bildende Fächer 3, Architektur 3, Chemie 13. Die Besuchs-ziffer des vorigen Wintersemesters ist damit übergriffen und legt der höchste Stand des Besuches erreicht worden.

Von der Universität Freiburg i. B. wurde Dr. gelandener Dstar Walder von Ludwigsburg (Württemberg) zum Ehrenprofessor der philosophischen Fakultät ernannt. Von Walder kommt die im Hörtal des Musikwissenschaftlichen Instituts in Freiburg erhaltene Präzisionsorgel. Deutsche medizinische Fortschrittsreise in Süd-afrika. Prof. Kleine und Dr. Fischer, die wie wir berichteten, eine der Behandlung der Trypanosomen-Krankheit dienende Expedition begonnen haben, sind der Deutschen Medizinischen Wochenschrift zufolge nunmehr in Kapstadt eingetroffen und werden sich nach Nordrhodesien begeben.

Schillers „Tell“ ins Gebräuchliche überführt. Die in Württemberg erscheinende Zeitschrift „Da Tell“ bringt zurzeit eine Uebersetzung von Schillers „Wilhelm Tell“ in gebräuchlicher Sprache, die von dem jüdischen Dichter Chaim Nach-

Der Wiederaufbau von Löffingen und Sunthausen.

Im Laufe des Jahres sind große Teile der Dörfer Sunthausen bei Donaueschingen und Löffingen bei Neustadt abgebrannt. Die von der Gebäudeversicherungsanstalt zu leistende Entschädigung für beide Fälle zusammen beläuft sich auf etwa 11 Millionen Mark, daneben stehen noch aus freiwilligen Sammlungen für beide Dörfer je einige Hunderttausend Mark zur Verfügung. Angesichts dieser hohen Ausgaben, die zum Teil von der Allgemeinheit zu tragen sind, aber auch mit Rücksicht auf den Wunsch der freiwilligen Spender, daß diese Gelder in bestmöglicher Weise verwendet werden und im Hinblick auf die allgemeine kulturelle Bedeutung der Frage des Wiederaufbaus hat es die Regierung für ihre Pflicht gehalten, unmittelbar nach dem Brande für einen in jeder Hinsicht befriedigenden Wiederaufbau der abgebrannten Dörfer Sorge zu tun.

Im Benehmen mit den staatlichen Organen und jenen der Gemeinde und unter Mitwirkung der freien Architektenkammer Baden und des Vereins „Badische Heimat“ wurden an beiden Orten schon in der ersten vom Arbeitsministerium einberufenen Sitzung Maßnahmen aufgestellt, die eingehalten die bauenden Bauherren, Architekten und Unternehmer verpflichtet waren. Die Bestimmung, daß alles, was gebaut wird, das Auge schönheitlich empfindender Menschen nicht verletzen darf, gab die rechtliche Grundlage für die später gestellten Forderungen ab. Ein Sachverständigen-Ausschuß, in dem die Behörden, die Gemeinde, die Architektenkammer und der Verein „Badische Heimat“ vertreten waren, befaßte sich unter Leitung des Bezirksamts in vielen Sitzungen im Einzelnen mit der Durchführung dieser Bestimmung. Dieser Ausschuß tagte unter Leitung des Bezirksamts in einem Fall von Donaueschingen, im anderen Fall von Neustadt, in regelmäßigen Sitzungen; an Ort und Stelle, im Benehmen mit ihm erfolgte in Löffingen die neue Bauplan-Einteilung, die Festlegung der neuen Straßen, von ihm wurden die Grundbesitzer für das architektonisch-künstlerische Schaffen ausgearbeitet, Vertragsformulare für das Verhalten zwischen Architekten und Bauherren aufgestellt; er befaßte sich auch mit der Frage der Vergebung der Arbeiten im Großen und Ganzen, endlich wurden mit ihm die einzelnen Bauabschnitte anhand der Pläne bis in die Einzelheiten, beginnend vom Großen und Ganzen, endigend im Kleinen an Türen, Fenstern, Einrichtungsgegenständen, Möbeln u. dergl. durchgesprochen. Für die Tätigkeit erhielten die den staatlichen oder örtlichen Behörden nicht angehörenden Sachverständigen eine Vergütung, die der aufgewendeten Zeit und Arbeit in angemessener Weise entsprach.

Das Vorgehen des Arbeitsministeriums in Verbindung mit dem Ministerium des Innern hat sich an beiden Stellen bewährt. In Sunthausen und Löffingen schreiten die Bauarbeiten rasch und gut vorwärts; in Sunthausen steht schon der größte Teil der Häuser, in Löffingen waren die Bauarbeiten schon tüchtig im Gange, als der Winter kam. Denkbar kann es begründet werden, daß beide Gemeinden die guten Absichten der Staatsbehörden anerkennen und, soweit es in ihrer Kraft stand, auch unterstützen. Es ist zu hoffen, daß aus den Ruinen Löffingens und Sunthausens in bald neue Bau- und Straßenschemata entstehen, die den Eingemischten und Fremden in Zukunft werden sagen können, daß rasche, gründliche und schöne Arbeit an beiden Stellen geleistet worden ist.

Badische Beamten-Genossenschaftsbank.

In einer Sitzung des Vorstandes des Landeskartells Badens des Deutschen Beamtenbundes wurde die badische Beamten-Genossenschaftsbank gegründet, die ihre Geschäfte voraussichtlich am 1. Januar 1922 aufnehmen wird. Die Geschäftsstelle befindet sich in Karlsruhe, Nowadamalage 19.

Durlach, 8. Dez. In der gestrigen Bürgerausschussung wurden vor Beginn der Voranfrageberatung zwei in den letzten Tagen noch zugelegte Vorlagen beraten. Der Antrag der Mehrheitssozialisten, den Gemeinderat zu ermächtigen, den Preis zur Abgabe von Gas und Wasser aus dem südli. Gas- bezw. Wasserwerk dem jeweiligen Stand der Teuerung anzupassen, ohne daß es hierzu jeweils der Herbeiführung eines besonderen Bürgerausschusses bedarf, wurde mit der Abänderung angenommen, daß die Ermächtigung bis 1. Juli 1922 erteilt wurde. — Die Vorlage über Änderung der Friedhofgebührenordnung konnte nicht zur Abstimmung gebracht werden, weil verschiedene Anträge auf Änderung einkamen, über die eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die Abstimmung wurde bis nach Erledigung der Voranfrageberatungen zurückgestellt. Die Voranfrageberatungen wurden durch einen eingehenden und klaren Bericht des Bürgermeisters eröffnet. Nachdem die einzelnen Parteien allgemein zum Voranschlag Stellung genommen hatten, wurde der vorgeschriebenen Zeit wegen die Weiterberatung bezw. Einzelberatung verschoben auf den 8. Dezember.

Pforzheim, 8. Dez. Der Bürgerausschuss hat die Erhöhung der Gehälter und Löhne nach Maßgabe der Reichsbesetzungsordnung gebilligt, die der Stadt einen Mehraufwand von 14 Millionen jährlich verursachen. Es wurde erklärt, die Gemeinde könnte die neue Belastung nicht endgültig übernehmen, das Land müsse ihr zu Hilfe kommen. Die Kommunisten stimmten gegen die Vorlage. Die neue Vergütungsverordnung, die eine Erhöhung von 800 000 Mk. einbringt, wurde mit Mehrheit angenommen; die Sozialdemokraten lehnten diese Vorlage ab wegen der Härten gegen Bildungs- und Sportvereine. Die Erhöhung der Straßenbahnpreise (Einzelfahrt 1,30 Mk.) wurde gebilligt. In der Sitzung teilte der Oberbürgermeister mit, daß der Straßenbahnbau nach Dillweihenheim über 14 Millionen Mk. kosten würde und trotz hoher Fahrpreise ein Zuschuß bis gegen 1,8 Millionen notwendig werde. Das würde den Bankrott der Stadt bedeuten, und die Bahn könne nicht gebaut werden.

L. Waldorf (Amt Wiesloch), 8. Dez. Die gestrige Bürgerausschussung nahm alle vier Punkte der Tagesordnung an: Neubefestigung der Gemeindebeamten, Neufestlegung der Vergütungssteuerordnung, Gemeindevoranfrage für das Rechnungsjahr 1921 sowie der Nebenveranschlag, Veränderung von Baugelände.

a. Weinheim, 7. Dez. Um die Privatbautätigkeit anzupromen, hat sich der Gemeinderat entschlossen, an Privatunternehmer Bauprämien unter Verzicht auf Zinsen und Rückzahlung zu gewähren, vorausgesetzt, daß die Neubauten in einfacher, sparsamer und dem Stadtbilde angepaßter Bauweise rauchstark errichtet werden. Dem Bürgerausschuss wird zu diesem Zwecke vorerst die Summe von 300 000 Mark angefordert.

t. Malsb. bei Ettlingen, 8. Dez. Der Bürgerausschuss hat zum drittenmal mit erheblicher Mehrheit den Gemeindevoranfrage 1921/22 abgelehnt, um damit dem Bürgermeister ein Mißtrauensvotum auszusprechen. 30 Bürgerausschussmitglieder stimmten gegen den Voranschlag und nur 19 dafür.

t. Malsb., 8. Dez. Mehrere hiesige Schüler entwendeten ein Notguthlager, das sie einem Althändler zum Kauf anboten. Derselbe Händler hatte von ihnen vor einiger Zeit auch bei der gleichen Firma gekaufte 18 Zentner Maschinen erhalten. Gegen den Althändler und die Schüler ist gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

m. Bahl, 8. Dez. Vor einigen Tagen wurde von einem Beamten des Bauernvereins ein dreitägiger Buchführungskurs für Vorstände und Rechner der Genossenschaften des Badischen Bauernvereins abgehalten. Am Abend hielt der betreffende Beamte, Revier-Rittmeister aus Freiburg, sehr interessante Vorträge über Bücherführung und wirtschaftliche Zusammenhänge, über Steuerfragen und Erhaltung der Schätze, sowie über Bilanz- und Genossenschaftswesen.

t. Appeltweid bei Achern, 8. Dez. Der 55jährige Säger Lukas Rapp stürzte in der Dunkelheit in eine Sandgrube und fand dabei den Tod.

t. Offenburg, 8. Dez. Dieser Tage hatte der Bürgermeister Dr. Wührer in einem hiesigen Blatt zwei Aufsätze über die Metzgerbildung veröffentlicht. In einer in der Offenburgener Blätter veröffentlichten Erklärung beauftragt der Grund- und Hausbesitzer-Verein Offenburg, daß Herr Dr. Wührer als Bürgermeister einen solchen Standpunkt vertreten hat, ohne sich zuvor mit der Wohnungskommission und dem Stadtrat ins Benehmen gesetzt zu haben. Die Hausbesitzer sprechen dem Bürgermeister ihr schärfstes Mißtrauen aus.

t. Offenburg, 8. Dez. Der Kreis-Ausschuss bewilligte größere Beiträge zur Unterhaltung bedürftiger Veterane von 1870/71 und erhöhte die Beträge für die zur Ruhe abgetretenen Kreisräthemärkte. Die Kreisräthemärkte und Begewärter haben durch ihre Verhandlung den Antrag auf eine weitere Erhöhung der ihnen zustehenden Teuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Oktober gestellt. Es wurde beschlossen, hierüber mit allen badischen Kreisen Verhandlungen zu führen. Ferner beabsichtigt der Kreis-Ausschuss, für die Kreispflegeanstalt Fußbach einen eigenen Friedhof zu errichten.

t. Freiburg, 8. Dez. Die finanziellen Verhältnisse vieler kirchlicher und caritativer Anstalten werden immer bedrohlicher. Schon in diesem Herbst konnten sich manche Anstalten für den Winter kaum mehr eindecken, weil das nötige Betriebskapital fehlte. Bei der enormen Geldentwertung und der allgemeinen Preissteigerung ist ernstlich zu befürchten, daß eine Reihe bisher blühender Anstalten bankrott werden. Um das zu verhindern, hat das Erzbischöfliche Ordinariat die Vorstände der kirchlichen und caritativen Anstalten aufgefordert, die Pflegepflicht für Kost und Wohnung den veränderten Verhältnissen anzupassen, Mittel und Wege zu suchen, um die Rentabilität der Anstalten sicherzustellen und wenn möglich Unterbringung aus kommunalen oder staatlichen Mitteln sich zuzunutzen zu machen. Weiter weist das Erzbischöfliche Ordinariat darauf hin, daß auch die Erzbischöflichen Erziehungsanstalten für die Theologie Studierenden durch die allgemeine Teuerung in große Not geraten sind. Die Erträge der Stiftungen zur Erhaltung dieser Anstalten sind völlig unzulänglich geworden. Die Geistlichkeit wird ersucht, die Notlage dieser Anstalten und Gemeindeglieder in der Predigt darzulegen und um reiche Gaben zu bitten.

t. Müllheim, 8. Dez. Die französische Fabrik Cusenier beabsichtigt hier eine Niederlassung ins Leben zu rufen. Der Stadtrat hat der Fabrik ein Grundstück angeboten, das früher einem vertriebenen elbischen Flüchtling gehörte. Der Flüchtling hat beim Ministerium des Innern Beschwerde erhoben, daß ihm das Grundstück weggenommen worden ist. In den Blättern wird die Haltung der Stadtverwaltung einer scharfen Kritik unterzogen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Bürgerausschuss dem Geschäft das Grundstück zurprüft.

t. Todtnau, 8. Dez. Beim Abfüllen giftiger Säuren amete der 62jährige Blechnermesser Wilhelm Zeller in einem, wodurch er sich eine Vergiftung zuzog, die seinen Tod zur Folge hatte.

t. Unadungen b. Donaueschingen, 8. Dez. Hier wurde ein junger Mann, der für eine große Dörsfelder Firma Kartoffeln im Wert von 30 000 Mk. kaufen sollte, unter dem Verdacht verhaftet, die Summe unter die Hand zu haben. Mit ihm wurde seine Braut festgenommen.

t. Radolfzell, 8. Dez. Die Molkereibetriebe der Radolfzeller werden von Ende dieses Jahres ab dem hiesigen Molkereiverband, dem Gemeindefachverband der badischen landwirtschaftlichen Vereinigungen, bezw. der diesem angehörenden badischen landw. Hauptmolkereischaff, Abteilung Molkerei in Karlsruhe, käuflich überlassen.

t. Konstanz, 8. Dez. Die Einschränkung der Warenzufuhr im Kleinen Grenzverkehr hat die Wirkung hervorgerufen, daß die einwaikanten Waren auf unerlaubtem Wege über die Grenze nach der Schweiz abtransportiert werden. Für derartige Zuwiderhandlungen hat die hiesige Staatsanwaltschaft im Monat November wegen der bei den Grenzübergangsstellen in Konstanz ermittelten Vergehen Strafbefehle im Gesamtbetrag von rund 400 000 Mark beim hiesigen Amtsgericht erwirkt. Damit wird der miflungene Krankenauflauf erseht. — Wie schon mitgeteilt, wird bei der Ausstellung von Dauerpässern im kleinen Grenzverkehr jetzt freier verfahren. Von den in der vorläufigen Woche vorgelegten 600 neuen Gesuchen von Schweizern auf Dauerpässe, darunter solche aus den entlegenen Orten, wurden 400 abgewiesen. Das veranlaßte das Bezirksamt Kreuzlingen bezw. die Regierung in Frauenfeld zu scharfen Gegenmaßnahmen. In der Grenzlinie steht nun ein beiderseitiger Schweizer Beamter und prüft die deutschen Dauerpässe. Neue Dauerpässe werden von schweizerischer Seite nicht mehr ausgestellt, von den alten wurden zahlreiche gestrichen oder die Zahl der Grenzübergänge wurde erheblich herabgesetzt. — Die Differenzen der Birtevereine des Kreises Konstanz mit den größeren Bräutereien im Seetal sind noch nicht beigelegt. Weder über die Höhe des Bierpreises, noch über die Qualität des zu liefernden Bieres konnte eine Einigung erzielt werden, so daß schließlich die Bräutereien die Verhandlungen abbrachen und mit einem Ultimatum drohten. In einer großen Birteversammlung wurde darauf beschlossen, nochmals zu versuchen, in neuen Verhandlungen eine für beide Teile befriedigende Lösung zu finden.

Kleine Mitteilungen. In Erzingen bei Waldshut ist das Anwesen des Zementwerks Indlester durch Feuer zerstört worden. Das Vieh und einige Fahrnisse konnten gerettet werden. — Von zahlreichen Gemeinden des Hohenwaldes wird die Errichtung einer Kraftwagenlinie von Wehr über Herrisried und Altschwanau betrieben. — Bei der Bürgermeisterwahl in Lembach bei Bounsdorf wurde Landwirt Bernhard Gantert zum Bürgermeister gewählt.

Aus Nachbarländern.

Zum Zusammenbruch der Pfälzischen Bank.

t. Ludwigshafen, 8. Dez. Die Gerüchte, daß Direktor Roemer wegen des Zusammenbruchs der Pfälzischen Bank sich das Leben genommen habe, sind unbegründet. Dr. Roemer ist unter geschickter Verhütung seiner Transaktionen in einer geradezu unerhöhten Weise für die Rettung der Bank Engagements eingegangen und hat damit infolge der katastrophalen Entwicklung der Devisenkurve in den letzten Wochen der Bank Verluste in einer Höhe zugefügt, daß die Bank nicht mehr zu retten war. In Vorkentzen ist man der Ansicht, daß das Inkassament der Pfälzischen Bank keine weiteren Kreise ziehen dürfte. Die Aktien der Bank würden vorläufig mit 50 bis 60% gehandelt, während der letzte amtliche Kurs 32% betrug. Die Depots der Kundschaft sind intakt und die Auszahlungen an den Kassen erfolgen allmählich.

Sport / Spiel.

Fußball.

Der Weierheimer Fußballverein schreibt uns: Auf dem Weierheimer Sportplatz treffen sich am kommenden Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr, Verein für Rasenspiele Forstheim und Fußballverein Weierheim im fünften Mittelspiel. Die Rasenspieler haben durch ihren Sieg am letzten Sonntag neuerdings bewiesen, daß sie gute Klasse sind und werden daher alles aufbieten, um den Tabellenstand aufrecht zu erhalten. Weierheim muß sich alle Mühe geben um eine Niederlage zu vermeiden. Es dürfte ein interessanter Wettkampf bevorstehen. Vorher treffen sich die anderen Mannschaften von F.C. Brantonia Karlsruhe und F.V. Weierheim in Verbandsspielen. Die Zahl der Anrufer in Baden-Baden beträgt bis 7. Dezember 1921 81 052.

Verschiedene Drahtmeldungen.

Der Markkurs in Zürich.

(Eigener Drahtbericht.) e. Zürich, 8. Dez. Die heutige Schlusnotierung: 100 Mark = 2,60 Geld, 2,63% Brief-Franken.

Der Margarinepreis.

(Eigener Drahtbericht.) w. Berlin, 8. Dez. Bei den Besprechungen im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zwischen den Vertretern der Margarine-Industrie und der Verbraucherorganisation über das bisherige Ergebnis der Nachprüfungen der Margarinepreise wurde auf Grund der Feststellungen anerkannt, daß ein Margarinepreis von 31-35 Mk. pro Pfund als ein angemessener und nicht übermäßig hoher anzusehen sei. Weitere Nachprüfungen bei einzelnen Fabriken in den Provinzen sind noch im Gange.

Verurteilte Bahnpfostenräuber.

Mainz, 8. Dez. Wegen Raubverluchs auf einen Eisenbahnpostwagen verurteilte das hiesige Schwurgericht gestern die Arbeiter Zimmermann aus Dietersheim und Grasse aus Rünler zu 4 bzw. 2 Jahren Gefängnis. Die beiden Angeklagten hatten auf der Station Walgesheim-Bozenheim einen von Worms nach Bingen fahrenden Eisenbahnwagen besetzt und den Postwagen, der 300 000 Mark von den einzelnen Postagenturen vereinnahmte Gelder mit sich führte, zu verladen versucht, wurden aber rechtzeitig daran verhindert.

Tagessanzeiger.

Freitag, den 9. Dezember 1921. Landes-theater, „Schwarzer“ 5 1/2 Uhr. Konserthaus, „Festung auf Segen“ 7 Uhr. Colosseum, Varietés 8 Uhr. Residenztheater, Neues Programm. Bund angeheilter Chemiker und Ingenieure, Gartenhof Münster, 8 1/2 Uhr. Alpenverein, Sittlich. Vortrag Wochs, Techn. Hochschule, 8 Uhr. Eintracht, Gewandhaus-Quartett, 7 1/2 Uhr.





